FREITAG, 24. MAI 2013
DIEPRESSE.COM
Die Presse

Haben die Österreicher diese Politiker verdient?

Gastkommentar. Die Wirtschaftsdaten Österreichs sind überwiegend exzellent – dank der tüchtigen Bevölkerung und trotz der Behinderungen durch die Politiker. Ein Plädoyer für das Mehrheitswahlsystem, damit wirtschaftsnahe Politiker zum Zug kommen.

VON HANNS F. HÜGEL

Presse-Interview mit der später abgewählten Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller: „Es ist nicht meine Aufgabe, das Finanzmanagement des Landes zu kontrollieren." Organisationsverantwortung? Unbekannt. Der Grund ist symptomatisch: Burgstallers Karriere führte über Arbeiterkammer und Parteiorganisation an die Landesspitze. Risikomanagement und Managementverantwortung hat sie dort nicht gelernt.

„Wenn in einem Unternehmen viele Geschäfte am Vorstand vorbei gemacht werden, kann ich mir nicht vorstellen, dass dort der Vorstand geht." Burgstaller liest offenkundig nur den Lokalteil der „Salzburger Nachrichten", nicht den Wirtschaftsteil. Sonst müsste sie wissen, dass bei Siemens die Vorsitzenden von Vorstand und Aufsichtsrat wegen „schwarzer Kassen" gehen mussten.

Verweigerung der Sachdebatte

Österreich ist mit einem durchschnittlichen Pensionsantrittsalter von 58 bzw 57 Jahren Schlusslicht der OECD-Frühpensionen-Liste. Da die Pensionen nicht mehr aus den SV-Beiträgen finanziert werden können, kommen zehn Milliarden aus dem Budget. Deutschland und andere Staaten erhöhen das Pensionsantrittsalter. OECD und EU warnen Österreich. Wie aber reagiert Sozialminister Rudolf Hundstorfer auf Reformvorschläge von 50 österreichischen Experten? „Ich werde nicht nur agieren, weil zwei Herren in der Pension ein Buch geschrieben haben."

Verstörend die Realitätsverweigerung gepaart mit ungehobelter Ablehnung der Sachdiskussion. Wo hat Hundstorfer für sein Amt gelernt? Beim ÖGB, wo er die 1,5-Milliarden-Haftung für die Bawag mitunterfertigte, aber „nicht wusste, was ich unterschrieb"? In Sachen Pensionsreform weiß er offenkundig wieder einmal nicht, was er tut. Nur, dass es um weit mehr als bloß 1,5 Milliarden geht.

Herr Reinhold Mitterlehner hält einen schwungvollen Vortrag über Österreich als Unternehmensstandort: niedriger Verschuldungsgrad, niedriges Budgetdefizit, niedrige Arbeitslosigkeit, günstige Stückkosten, EU-weit überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, hohe Kaufkraft, Kennzahlen besser als in Deutschland. Ist Österreich nicht ein toller Standort?

Ein Teilnehmer wendet ein, auf der ministeriellen Liste fänden sich nur die Daten, die die fleißigen Österreicher erarbeiten, nicht jene, für die die Regierung verantwortlich sei: EU-weit im Spitzenfeld liegende Steuerquote, fast höchster Einkommensteuersatz, der nirgends so früh, nämlich bei einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro eingreift, Gesamtbelastung aus Steuern und SV-Beiträgen selbst bei kleinen Angestellten bis über 45 Prozent, im Ergebnis eine unsoziale Flat Tax: Doch all das kann der Wirtschaftsminister nicht kommentieren und muss auf die Kompetenz der Finanzministerin verweisen.

Der Panzerknacker-Slogan

Kein Wunder, dass der Wirtschaftsbericht der Regierung zwar die Rückstufung Österreichs in den internationalen Standort-Rankings beklagt, die dafür relevante Steuerquote aber verschweigt. Immerhin lässt sich Mitterlehner die Aussage abringen, dass der Panzerknacker-Slogan der Innenministerin „Her mit dem Zaster/der Marie" nicht repräsentativ für die Steuerpolitik der ÖVP sei.

Womit hat Österreichs tüchtige Bevölkerung, die unter dem Joch einer der höchsten, leistungsfeindlichsten Steuerbelastungen dieser Welt schicksalsergeben und unverdrossen wirtschaftliche Spitzenleistungen erbringt, solche Politiker verdient? Die Rede ist ohnehin nicht von den weisungsgebundenen Hinterbänklern, demokratiepolitisch peinlich, aber aufgrund von Verhältniswahlrecht und deshalb gebundenem Mandat unvermeidbar; die Rede ist nicht einmal von den immer zahlreicher werdenden Straftätern und Verdächtigen unter den Politikern.

Anders als diese Mediokren und Dunklen der Politikerszene sind Burgstaller und Mitterlehner sogar vorzeigbare Exemplare der trostlosen Politikerriege, haben anders als der Bundeskanzler sogar ein Studium geschafft.

Dennoch: Elf von 13 Ministern waren nie in der Wirtschaft tätig, mussten nie unter ständigem Ergebnisdruck managen. Finanzierungsprobleme haben sie nie bewegt, nie haben sie Druck zu sparsamem Umgang mit anvertrauten Geldern, strikter Kostenkontrolle und Kosteneinsparungen verspürt, geschweige denn schmerzhafte Sanierungsmaßnahmen durchführen müssen.

Spezialisiert auf Machterhalt

Österreich wird von Personen regiert, deren Spezialisierung in beamtenhaftem Verwalten und parteipolitischer Agitation zwecks Machterhalts liegt. Wiederwahlstrategen, die Regieren an Klienteleinteressen und Meinungsumfragen ausrichten, nicht am Wohl des Gesamtstaates. Gutgläubigkeit und Vordienstzeiten in (halb-)staatlichen Non-Profit-Organisationen sind keine ausreichende Qualifikation zur Lenkung eines Staates.

Die drängenden Probleme, im Schulwesen, bei der Pensions- und Steuerreform, der Steuergeldverschwendung etc., liegen in den falschen Händen. Deshalb wählten acht bis zehn Prozent in ihrer Verzweiflung den einzigen Spitzenkandidaten, der sich im harten Unternehmenswettbewerb, außerhalb des intriganten, leistungsfernen Polit-Zirkus bewährt hat – ein Votum, wohl kaum für die Übernahme von Regierungsverantwortung, aber klar gegen die arrivierte Politikerkaste.

Frank Stronachs politische Unerfahrenheit, mit Politikern und Journalisten zu kommunizieren, könnte bei diesen Wählern sogar Sympathie geweckt haben, ein bedenkenswertes Anzeichen von Politiker- und – ja, leider – Demokratieverdrossenheit.

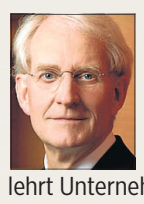
Ein Blick nach Großbritannien

Der österreichisch-englische Philosoph Sir Karl R. Popper schrieb einmal, das beste Wahlsystem sei jenes, das es den Wählern am leichtesten mache, die Regierung loszuwerden. Das englische Mehrheitswahlrecht, das Alleinregierungen begünstigt und bei dem die Gewählten primär dem eigenen Wahlkreis und nur in zweiter Linie der Partei verantwortlich sind, zog er dem Verhältniswahlrecht vor.

Wahlen nach dem Verhältnissystem führen nach Popper bloß dazu, dass eine Partei etwas weniger, die andere etwas mehr Stimmen erhalte. Als Folge wechselten bloß einige Personen, die regierenden Gruppierungen hingegen änderten sich kaum. Die jüngere Geschichte der Zweiten Republik ist die „Verifizierung" dieser These.

Unter einem Mehrheitswahlrecht würden ihrer lokalen Wählerschaft verantwortliche Politiker gefördert und dadurch auch Personen mit Erfahrungen in der Wirtschaft Anreize zu Politikerkarrieren abseits der verkrusteten Parteistrukturen geboten. Freilich ist zu befürchten, dass der Systemwechsel im Wahlrecht gerade an diesen begrüßenswerten Folgen scheitert. Denn System- und Machterhalt sind eine der wenigen Spezialisierungen der Wiederwahlstrategen.

Zum Autor



Univ.-Prof. Dr. Hanns F. Hügel studierte Rechtswissenschaften an der Uni Wien. Er ist Rechtsanwalt und lehrt Unternehmens- und Steuerrecht an der Universität Wien. Verfasser mehrere Fachbücher und Fachartikel. Seit 1996 fachlicher Leiter des „Jahresforums Recht und Steuern" in Rust. [Privat]

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Pizzicato

Am grünen „Tatort"

Die Grünen sind nicht nur Verbotspartei, sie sind auch Kontrollpartei. Und wenn es sein muss, trifft es eben auch ausgewiesene Gutmenschen. Der Sprecher der grünen Wiener Landesgruppe hat nun allen Ernstes die Bürgerrechtsverletzungen aufgelistet, die Harald Krassnitzer im dieswöchigen „Tatort" in Südkärnten begangen hat: Der Ehemann des Opfers sowie andere Verdächtige hätten über ihre Beschuldigtenrechte aufgeklärt werden müssen, Videoaufzeichnungen müssten nach 48 Stunden gelöscht werden, Zeugen hätten das Recht auf eine Vertrauensperson, eine Vorratsdatenauswertung sei nur nach vorherigem Gerichtsbeschluss zulässig und so weiter und so fort.

Dass der Täter letztlich ein Ausländer war und doch kein böser Kärntner Nazi, blieb von den Grünen erstaunlicherweise unbeanstandet. Und immerhin: Seit Kommissar Eisner eine Assistentin beigegeben wurde, ist die Frauenquote halbwegs erfüllt, was die Grünen einigermaßen beruhigt.

Verbieten wollen die Grünen den „Tatort" übrigens nicht. Wohl auch aus Eigennutz. Werden doch alle drei österreichischen „Tatort"-Schauplätze – Wien, Tirol und Kärnten – mittlerweile von den Grünen (mit-)regiert. **OLI**

E-Mails an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
„Die Presse", Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an: leserbriefe@diepresse.com

Zu viele Studenten, nicht zu wenig Professoren

„Ein Weckruf für die schlafende Hochschulpolitik", Leitartikel von Benedikt Kommenda, 22. 5.
„Die Presse" hat am Dienstag ihren Lesern auf der Titelseite („126 Studenten pro Professor") mitgeteilt, dass es in Österreich zu wenig Universitätslehrer gibt. Sie haben in Ihrem Leitartikel dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass man die gegebene Situation auch andersherum betrachten kann.

Hiezu möchte ich zwei Zahlen nennen: Anfang der 1950er-Jahre hatte Österreich knapp 7 Mio. Einwohner und etwa 20.000 Studenten. Von damals bis heute hat die Einwohnerzahl Österreichs um etwa 20 % zugenommen; die Zahl der Studenten hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verzehnfacht. Der Schluss drängt sich auf, dass es nicht zu wenig Professoren, sondern zu viele Studenten gibt.
Dipl.-Ing. Franz Weich, 1170 Wien

* * *

Für signalhaftes Projekt auf Bauplatz Heumarkt

„Heumarkt: Architekten fordern Stopp", von Mirjam Marits, 23. 5.
Schade, dass nicht meine pointiertesten Aussagen zum Projekt Eislaufverein/Interconti im Artikel zitiert wurden. Ich bin nämlich der Meinung, dass Mut zu außergewöhnlicher Architektur gerade an dieser Stelle wichtig für Wien wäre.

Ich bin keineswegs der Ansicht, dass dieser Bauplatz so heilig und unantastbar ist, als dass er nicht ein signalhaftes Projekt vertragen würde. Der nun folgende Wettbewerb sollte sehr frei ausgeschrieben und vor allem mit internationaler Jury durchgeführt werden, wenn schon das Expertenverfahren mit eher matten Kompromisslösungen als „Ergebnis" präsentiert wurde.
Jakob Dunkl, Querkraft Architekten, 1060 Wien

* * *

Herrn Mölzers billige rhetorische Tricks

„Umerzieher Harald W. oder: Von der Torheit des Tugendterrors", GK von Andreas Mölzer, 14. 5.
Sich auf einer Sachebene mit dem EU-Abgeordneten Andreas Mölzer einlassen zu wollen, ist vergebliche Liebesmüh und lohnt sich nicht. Sein Artikel zum grünen Bildungssprecher Dr. Harald Walser folgt einem wohlbekannten Muster: Billige rhetorische Tricks sollen den politischen Gegner lächerlich machen und denunzieren.

Der „Mittelschullehrer Harald W." (sachlich richtiger wäre „AHS-Schuldirektor") wird als „Tugendterrorist", der „horribile dictu" (ein bisschen Bildungsjargon muss sein!) „gerne Robespierre oder zu-